

September 2019 / MEC

## Kurzbericht zur Umsetzung der Integrationspolitischen Ziele der Stadt Zürich 2015 – 2018

Chancengerechtigkeit erhöhen

Eigenverantwortung ermöglichen

Willkommenskultur pflegen

Gutes Zusammenleben fördern

Herausforderungen angehen

Aktive integrationspolitische Positionierung

Der Stadtrat von Zürich steht für eine aktive Integrationspolitik. Zu deren Umsetzung legt er pro Legislatur strategische Ziele fest, an denen sich die Departemente und Dienstabteilungen orientieren. Die sechzehn für die Jahre 2015 – 2018 formulierten Ziele lassen sich sechs verschiedenen Stossrichtungen zuordnen, über deren Umsetzung der vorliegende Kurzbericht mit **erläuternden Beispielen** informiert. Die Auswahl beruht auf einer im Frühjahr 2019 durchgeführten stadtinternen Umfrage. Sie ergeben ein Gesamtbild, das aufgrund des Querschnittcharakters der Integrationsaufgabe nur unvollständig sein kann.

### CHANCENGERECHTIGKEIT ERHÖHEN

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sind gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft. Sie profitieren gleichermaßen von den Angeboten und Dienstleistungen in der Stadt Zürich.**

- Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt werden seit 2017 in fünf Schulkreisen alle Eltern von dreijährigen Kindern eingeladen, den Sprachstand ihres Kindes in Deutsch einzuschätzen. Je nach Resultat wird der Besuch einer Kita mit integrierter Deutschförderung empfohlen. Zudem wird im Rahmen des Projekts «**Gut vorbereitet in den Kindergarten**» das Personal der Kitas in der alltagsorientierten Sprachförderung weitergebildet. Die Aktivitäten im Bereich Frühe Förderung erfolgen in Absprache zwischen dem Kontraktmanagement des Sozialdepartements und dem Schulamt.
- Viele Schulen berücksichtigen die Vielfalt ihrer Schülerinnen und Schüler auch ausserhalb des Unterrichts: in den Gesprächen mit den Eltern, mit speziellen Festen, in der Informationsarbeit, durch den Einbezug von Eltern mit Migrationshintergrund. Ergänzend stellen städtische Einrichtungen **niederschwellige Angebote** bereit für die musikalische Grundbildung (Musikschule Konservatorium Zürich), für sportliche Aktivitäten (Sportamt), für die Freizeitgestaltung (Gemeinschaftszentren) oder für den Übergang zwischen Schule und Berufsbildung (Fachschule Viventa).
- Städtische Dienstabteilungen wie das Bevölkerungsamt oder die Sozialen Dienste haben ihre Formulare sprachlich vereinfacht und **besser verständlich** gemacht. Andere haben

Merkblätter und Informationsschreiben in wichtige Fremdsprachen übersetzt, nutzen interkulturelle DolmetscherInnen oder realisieren Informationsveranstaltungen z.B. auch auf Englisch oder Spanisch. Zur Unterstützung solcher Massnahmen hat die Integrationsförderung 2016 den Leitfaden «Sollen schriftliche Informationen übersetzt werden?» publiziert. Auch werden Fremdsprachenkenntnisse und Migrationshintergrund bei vielen städtischen Rekrutierungen berücksichtigt, unter anderem bei Schutz & Rettung, bei Immobilien Stadt Zürich, bei der Stadtpolizei oder bei den Pflegezentren Zürich.

- Verschiedene städtische Einrichtungen verstärkten ihre Bemühungen, die **Migrationsbevölkerung** besser über ihre Angebote zu informieren und den Zugang zu diesen zu verbessern. Beispiele finden sich unter anderem bei der Stadtpolizei, beim Stadtspital oder bei der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich. Auch nutzten mehrere Dutzend MitarbeiterInnen die von der Integrationsförderung angebotenen Qualitätszirkel «Umgang mit Vielfalt» zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterentwicklung ihrer Tätigkeiten.
- Die interdepartementale Arbeitsgruppe gegen Rassismus veröffentlichte 2017 ihren dritten Bericht. Dieser stellte mit Beispielen aus der Offenen Jugendarbeit und dem Gesundheits- und Umweltschutzdepartement die institutionelle Verantwortung in den Fokus. Inhaltlich plädierte er dafür, **rassistische Diskriminierung** nicht auf rassistisch motivierte Handlungen zu reduzieren, sondern von der Wirkung her zu verstehen. Zudem wurde eine auf breites Interesse stossende Reihe «Rassismus in der Mitte der Gesellschaft» realisiert.

## EIGENVERANTWORTUNG ERMÖGLICHEN

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich beteiligen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten eigenverantwortlich am wirtschaftlichen und sozialen Alltag. Die Organisationen der Zivilgesellschaft tragen zum Gemeindeleben in der Stadt Zürich bei.**

- Der Stadtrat legte im Juli 2017 das überarbeitete **Sprachförderkonzept** der Stadt Zürich für Erwachsene mit Deutsch als Zweitsprache fest. Es wird seit anfangs 2019 durch die Integrationsförderung umgesetzt und umfasst vier Förderbereiche, die die Angebote des privaten Markts ergänzen. Pro Jahr wird rund 1800 Personen die Teilnahme eines geeigneten Deutschkurses ermöglicht. Im Sozialdepartement steht ein neuer Kredit zur Verfügung, der einkommensschwachen und in der Stadt wohnenden TeilnehmerInnen bei erfolgreichem Kursbesuch die entstandenen Kosten vollständig zurückerstattet.
- Das durch den Bund finanzierte Pilotprojekt «Integrationsvorlehre» ermöglicht Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen Praxiserfahrung zur Vorbereitung auf eine berufliche Grundausbildung. Unterstützt durch Human Resources Zürich boten Dienstabteilungen wie das Tiefbauamt, das ewz oder Grün Stadt Zürich entsprechende **Ausbildungsplätze** an. Ganz generell finden jedes Jahr Hunderte von jüngeren Menschen in der Stadtverwaltung Möglichkeiten für eine Lehre oder ein Praktikum.
- Die neue Strategie des Sozialdepartements zur sozialen und **beruflichen Integration** ermöglicht bei grundsätzlich arbeitsfähigen Personen ein differenzierteres Vorgehen in der Sozialhilfe. Es stehen sowohl eine breite Palette an Angeboten für den Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit zur Verfügung als auch einfache Zugänge zu Möglichkeiten, die Grundkompetenzen oder die Alltagsintegration stärken. Zudem bieten verschiedene städtische Einrichtungen ihren MitarbeiterInnen Deutschkurse und Weiterbildungen zum Thema Di-

versität. Innerhalb des Bevölkerungsamts organisiert die interne Arbeitsgruppe «Kulturprojekte werden» regelmässig Anlässe.

- Eine Delegation des Stadtrats trifft sich einmal pro Jahr mit dem **Ausländerinnen- und Ausländerbeirat**. Dabei werden aktuelle Anliegen der ausländischen Bevölkerung thematisiert. Auch pflegen verschiedene Departemente aktiv Kontakte zu für die Migrationsbevölkerung wichtigen Vereinen, Gemeinschaften und Unternehmungen. Dies teilweise direkt, teilweise über die definierten Schnittstellen zum Beirat und teilweise über die jährlichen Informations- und Austauschtreffen. 2017 informierte die Integrationsförderung zudem über die in Zürich auch für die nicht stimm- und wahlberechtigte Bevölkerung bestehenden Möglichkeiten der Mitsprache und politischen Partizipation.

## **WILLKOMMENSKULTUR PFLEGEN**

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich werden auf Basis der geltenden Rechtsordnung in ihrer persönlichen Lebensweise respektiert. Zürich wird als weltoffene Stadt wahrgenommen, in der liberale und solidarische Werte hochgehalten werden.**

- Rund 40 000 ZüricherInnen ohne Schweizer Pass, die die Wohnsitzfristen für eine **Einbürgerung** erfüllten, erhielten 2017 einen von der Stadtpräsidentin und der Stadtschreiberin unterzeichneten Brief. Dieser informierte über die anstehenden Änderungen im Bürgerrechtsgesetz und die hohe Bedeutung, die der Stadtrat der demokratischen Beteiligung durch die Bevölkerung beimisst. Diese Informationsaktion führte nachweislich dazu, dass mehr Einbürgerungsgesuche eingereicht wurden.
- Der Gemeinderat nahm 2015 den Bericht zur Pilotphase zustimmend zur Kenntnis und genehmigte die Weiterführung des durch die Integrationsförderung umgesetzten Konzepts **Erstinformation**. Dieses beinhaltet neben Basisangeboten wie Begrüssungsveranstaltungen, Welcome Desk und Sprachfenstern auf der Website auch ergänzende Informationsangebote, die je nach Bedarf themen- und sprachgruppenspezifisch realisiert werden.
- Verschiedene städtische Einrichtungen berücksichtigen in ihrer Arbeit die **religiösen Bedürfnisse** der Bevölkerung oder ihrer Mitarbeitenden. Beispiele dafür sind der Ausbau der Muslimgrabfelder durch das Bevölkerungsamt und Grün Stadt Zürich, die Zusammenarbeit von Schutz & Rettung mit der jüdischen Freiwilligenorganisation Hazoloh, eine Überprüfung der Absenzenregelungen in der Fachschule Viventa oder der im Pflegezentrum Käferberg eingerichtete Raum der Stille. Dazu kommen unter anderem die Informations- und Vermittlungsarbeiten durch das Museum Rietberg oder das durch die Integrationsförderung unterstützte Zürcher Forum der Religionen.

## **GUTES ZUSAMMENLEBEN FÖRDERN**

**Alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich sind Teil der Stadtgesellschaft. Sie kennen und respektieren Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen.**

- Das Sozialdepartement betreibt oder finanziert 86 soziokulturelle Institutionen, die mit ihren Angeboten und Projekten das gute Zusammenleben sowie die Teilhabe fördern. Ein

2017/2018 realisiertes Beispiel dazu ist die Unterstützung des Vereins Kolbenacker, der (geflüchteten) Frauen mit Migrationshintergrund eine Plattform und Begegnungsräume für aktuelle Themen bietet. Auch andere städtische Einrichtungen realisieren **soziokulturelle Projekte**. Beispiele dafür sind quartierbezogene Aktivitäten der Stiftung Alterswohnungen, ein von den Pflegezentren Zürich im Rahmen der Gesundheitsförderung durchgeführter Schwimmkurs für Frauen, die Teilnahme einer Gruppe von Passarelle-SchülerInnen der Fachschule Viventa an einem Tanzprojekt des Opernhauses oder die Realisation des Kochbuchs «Die Welt beim ewz» durch Mitarbeitende des ewz.

- Bei den 2014 bzw. 2016 in Betrieb genommenen Wohnsiedlungen Rautistrasse und Kronenwiese führte Liegenschaften Stadt Zürich **Nachbarschaftsanlässe** durch. Generell werden im Hinblick auf das gute Zusammenleben Siedlungsfeste und Gemeinschaftsräume unterstützt oder Spielplatzgestaltungsprozesse partizipativ angelegt. Auch wurden die in vielen Quartieren stattfindenden – in der Regel durch die Quartiervereine organisierten – Willkommensanlässe durch die frühere Quartierkoordination unterstützt.
- Mehrere Dutzend zivilgesellschaftliche Organisationen werden jedes Jahr mit meist kleineren Finanzbeiträgen bei der Durchführung von integrationsrelevanten Aktivitäten unterstützt. Die dazu bestehenden Kredite bei der Integrationsförderung und dem Kontraktmanagement wurden 2017 durch den Gemeinderat mit dem **Kredit «Austausch und Zusammenleben»** ergänzt. Dieser ermöglicht die Unterstützung mehrjähriger und professionell realisierter Projekte und Prozesse, von denen die ersten in Aussenquartieren umgesetzt werden oder sich thematisch auf das gemeinsame Musizieren bzw. das gemeinsame Gärtnern beziehen. Die ebenfalls durch einen 2017 neu genehmigten Kredit möglich gewordenen interkulturellen Programmwochen werden erstmals 2019 durchgeführt.
- In der Kulturarbeit der Stadt werden regelmässig Projekte unterstützt, die sich speziell zum Ziel setzen, die **Vielfalt der Bevölkerung** zu thematisieren und zu berücksichtigen. Vor Kurzem realisierte Beispiele dafür sind unter anderem Führungen im Haus Konstruktiv im Rahmen von «Generationen im Museum», das durch sechs Theaterhäuser mitgetragene Projekt «Die Schutzbefohlenen» oder die 2018 in der Roten Fabrik durchgeführte «Abendschule Import», die Wissen von MigrantInnen sichtbar und nutzbar machte.

## HERAUSFORDERUNGEN ANGEHEN

**Die Stadt Zürich schaut hin, wenn es «nicht gut läuft», und reagiert frühzeitig sowie mit tragfähigen Lösungen auf bestehende oder sich abzeichnende Schwierigkeiten bei der Integration.**

- Aufgrund der Notsituation entschied der Stadtrat 2015, sein konkretes Engagement im **Flüchtlingsbereich** zu verstärken. Er erklärte sich zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge bereit, realisierte im Libanon drei Direkthilfe-Projekte sowie eine Partnerschaft mit der Erst-Flucht-Stadt Tyros und baute die Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus. Dies insbesondere dort, wo Bund und Kanton keine Finanzmittel zur Verfügung stellten, beispielsweise mit Deutschunterricht für Asylsuchende, mit Koordinationsstrukturen für das zivilgesellschaftliche Engagement und mit Informationsangeboten in für Geflüchtete relevanten Sprachen. Parallel dazu waren die Strukturen der AOZ stark gefordert, die Unterbringungskapazitäten auszubauen sowie – teilweise gemeinsam mit anderen städtischen Einrichtungen – die Betreuung, Versorgung, Einschulung und Beschäftigung der Geflüchteten sicher zu stellen.

- Migrantinnen und Migranten bzw. AusländerInnen sind bei der Erbringung von städtischen Leistungen in der Regel nur eine Teilzielgruppe. Dennoch ergeben sich in vielen Dienstabteilungen immer wieder **Fragestellungen**, bei denen integrationsrelevante Aspekte im Vordergrund stehen oder explizit mitgemeint sind. Beispiele dafür sind die Erstellung eines internen Konzepts Migration im Laufbahnzentrum, die regelmässige Durchführung des runden Tisches «Gemeinsam gegen Rassismus» sowie die Umsetzung des Projekts «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern» bei der Stadtpolizei, die Auseinandersetzung mit dem Themenbereich «Alter und Migration» im Gesundheit- und Umweltdepartement oder die Unterstützung eines «MieterInnen-Büros» durch das Sozialdepartement und der Dr. Stephan à Porta-Stiftung für vom Abriss ihrer Liegenschaften Betroffene.
- Hinweise auf aktuelle Themen und Problemstellungen ergeben sich für die städtische Integrationsförderung durch ihre Direktkontakte mit der ausländischen Bevölkerung, durch ihre breite Vernetzung sowie durch quantitative oder qualitative Grundlagenarbeiten. Sie fliessen in die Umsetzung der eigenen Arbeiten ein oder werden im Rahmen von Publikationen oder (stadinternen oder öffentlichen) Veranstaltungen zur Diskussion gestellt. Inhaltlich **mehr Aufmerksamkeit** erhielten in den letzten Jahren beispielsweise im Familienachzug Zugezogene, das zunehmend grosse Demokratiedefizit, die erwünschten und unerwünschten Nebenwirkungen zielgruppenorientierter Arbeit, die Sprachkompetenzen der Bevölkerung oder eine aktuelle Darstellung der Zürcher Religionslandschaft.

## **AKTIVE INTEGRATIONSPOLITISCHE POSITIONIERUNG**

**Die Stadt Zürich ist für ihre aktive, pragmatische und inhaltlich wegweisende fachliche Arbeit in Migrations- und Integrationsfragen bekannt.**

- Nachdem eine interdepartementale Arbeitsgruppe eine erste Auslegeordnung vorbereitete, publizierte der Stadtrat 2018 ein Positionspapier zum Thema **Sans-Papiers**. Dieses hält die für ihn wichtigsten Grundsätze fest und benennt im Hinblick auf städtische Folgearbeiten konkrete Massnahmen. Veröffentlicht wurde zudem ein juristisches Gutachten, das den kaum gegebenen Zugang von Sans-Papiers zu Recht und Justiz untersucht.
- Die Stadt Zürich bot dem Bund an, in der Stadt ein **Bundesasylzentrum** zu realisieren. Sie wirkte bei der Erarbeitung des Betriebskonzepts durch den Bund darauf hin, dass dieses liberal und mit lokaler Gestaltungsfreiheit ausgestattet wurde. Die Betreuung der Asylsuchenden im Zentrum wird durch die AOZ wahrgenommen. Dabei arbeitet sie vor allem im Schul- und Gesundheitsbereich mit weiteren städtischen Einrichtungen zusammen.
- Die Zürcher **Migrationskonferenzen** 2015–2018 thematisierten die Frage «Offene Jugend, skeptisches Alter?», das zivile Engagement für Flüchtlinge, neue Sichtweisen auf den Umgang mit unfreiwilliger Migration sowie im Rahmen eines Projekts, das die 30- bis 39-jährige Bevölkerung in den Vordergrund stellte, «eine Stadt ohne Mehrheitsgesellschaft».
- Die Stadt Zürich bringt ihre **Haltung** und ihre Positionen unter anderem im Rahmen öffentlicher Auftritte oder in politischen Stellungnahmen zum Ausdruck. Zudem beteiligt sie sich am Erfahrungsaustausch sowie an kantonalen, nationalen oder internationalen Prozessen. Beispiele dafür sind die kantonalen Integrationsprogramme oder die Erarbeitung eines europäischen Handbuchs zum Thema Sans-Papiers.